

D-01 Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.11.2019
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die
- 2 türkische
- 3 Regierung unter Präsident Erdoğan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine
- 4 massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin
- 5 geschundenen
- 6 Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund
- 7 der
- 8 jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilistinnen und Zivilisten sind zu
- 9 beklagen. Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische
- 10 Bevölkerung. Die türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im
- 11 mehrheitlich kurdischen Norden Syriens zu verändern, die Kurdinnen und Kurden im
- 12 eigenen
- 13 Land zu schwächen und damit den türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden.
- 14 Gleichzeitig
- 15 verschärft auch der US-Präsident mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien
- 16 und
- 17 der Region. Mit dem plötzlichen Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den
- 18 kurdischen
- 19 Kräften, die sich dem IS maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten
- 20 die vom
- 21 IS kontrollierten Gebiete zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung.
- 22 Er
- 23 überlässt sie damit ihrem Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee
- 24 aus,
- 25 die Seite an Seite mit islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie
- 26 ausgerechnet in die Arme des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.
- 27 Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der
- 28 türkische
- 29 Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der
- 30 russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von
- 31 islamistischen Milizen, die allesamt – wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen
- 32 begangen
- 33 haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und
- 34
- 35 Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere
- 36 zivile
- 37 Ziele. Zudem will Erdoğan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die
- 38 wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet
- 39 zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen
- 40 würden zu
- 41 einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur

27 Verschärfung des Konflikts beitragen.
28
29 Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert
sich die
30 Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer
iranischen
31 und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.
32 Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-
Kämpfern
33 nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch.
Medienberichten
34 zufolge sind daher bisher circa 100 IS-Kämpfer aus der kurdischen Haft entkommen.
Bisher hat
35 sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS- Kämpfer und ihre
36 Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie schnellstmöglich
in
37 Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die Gefahr durch
38 entkommene IS-Kämpfer auch innerhalb Europas in dieser chaotischen Situation nun
größer
39 geworden.

40 Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den
41 Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der
Bundesregierung
42 ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines
43 Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die
Untersuchung und
44 Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die
Bundesregierung nicht
45 ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland –
konnte sich
46 bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische
Regierung in
47 Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu
48 verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdoğan ermuntert, die Vertreibungen noch
einmal
49 auszuweiten.

50
51 Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die
türkische
52 Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach
Moskau kann
53 nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen.
Gerade
54 deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig,
aber
55 deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine
starke
56 EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

57 Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im
Agieren der

58 deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem Tisch,
wie
59 sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der
humanitären
60 Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche
Verteidigungsministerin mit
61 ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im
Norden
62 Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und
63 internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische
64 Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die
65 Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag
der
66 deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht
durchdacht,
67 geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der
Schutz
68 der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche
Schutzzone
69 vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage
ihres
70 Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine
Erläuterung,
71 was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht
72 werden sollte – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des
73 Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die
nordsyrische
74 Region abzuschieben.

75 Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein Einsatz
76 unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte
kaum möglich
77 wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu
machen, der
78 hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz von
Giftgas
79 gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne
80 Zusammenarbeit mit Erdoğan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von Kurdinnen
und
81 Kurden und ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat
sich
82 - auch mit den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in
einem
83 Moment kriegerischer Eskalation durch ein Nato-Mitglied als politische Kraft präsentiert,
84 die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein.
Aufgabe
85 wäre es gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu
suchen und auf
86 eine Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem
Kalkül

87 betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis
und
88 schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

89 Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend
90 autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung
geübt,
91 geschweige denn konkrete politische Maßnahmen ergriffen. So hat die Bundesregierung
auch
92 nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im
Wert von
93 mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der
Bundesregierung,
94 keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt
werden
95 könnten, kommt viel zu spät, ist völlig ungenügend und kein wirksames politisches
Signal an
96 die türkische Regierung. Denn bereits genehmigte, aber noch nicht gelieferte Waffen,
können
97 so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden. Seit Anfang 2018 wurden
deutsche
98 Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften) für die Türkei im Wert von
rund 2,6
99 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den die Bundesregierung hat, um
die
100 türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang nicht genutzt. Wir Grüne
erwarten
101 von der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel im Umgang mit der
türkischen
102 Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker*innen in der Türkei, von denen
103 Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen wurden, nicht alleine
104 lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen türkischen
105 Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

106 Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden
107 Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert. Der
108 syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib
zu
109 ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum
Thema
110 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden
Versuch
111 einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads
112 verurteilt, verhindert.

113 Wir fordern:

- 114 • Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien
115 sofort
116 stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- 116 • Dass EU und NATO den türkischen Einmarsch in Nordsyrien öffentlich sowie bei
117 den
118 Vereinten Nationen als völkerrechtswidrig verurteilen.
- 118 • Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei bis zum vollständigen Abzug der
119 türkischen Armee aus Nordsyrien für ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch keinen
120 Beistand erhält.
- 121 • Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das
122 humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass die YPG bzw. mit
123 ihr
124 verbündete Kräfte in ihren Gegenmaßnahmen keine Gewalt gegen Zivilisten in der
125 Türkei
126 und Nordsyrien einsetzt. YPG wie Peschmerga müssen den Flüchtlingen, die
127 gerade aus
128 Nordsyrien in den Richtung Nordirak flüchten, freies und sicheres Geleit gewähren.
- 126 • Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurdinnen und Kurden aus dem
127 Norden
128 Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen
129 Prozess
130 vertreten sind.
- 129 • Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der
130 Grundlage
131 des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der
132 internationale
133 unabhängige Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden
134 Verbrechen in
135 Syrien angemessen finanziert wird.
- 133 • Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle
134 Sanktionen
135 gegen Präsident Erdoğan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende
136 Angehörige
137 des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das
138 türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund
139 erlassen.
- 138 • Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker*innen
139 der
140 Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit
141 wiederherstellt.
- 140 • Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr
141 bei der
142 Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht

und ab

142 sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei
143 weitergibt.

- 144 • Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei
145 umgehend stoppt,
146 erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp
147 an die
148 Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an
149 Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
- 148 • Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung
149 wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht
150 genehmigten
151 Anträge ablehnt.
- 151 • Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung
152 wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpferinnen und –Kämpfer und ihre
153 Familienangehörigen zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren
154 gegen
155 Personen, die sich strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen
156 die
157 Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss
158 sichergestellt
159 sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährderinnen und Gefährder bzw.
160 relevante Personen nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden
161 können.
- 158 • Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-Türkei-
159 Deal
160 von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den
161 griechischen
162 Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar
163 gemacht
164 hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren
165 Gunsten der
166 über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung
167 nach
168 humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend
169 Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 165 • Dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU,
166 eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten,
167 rechtstaatliche
168 Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-
169 Mitgliedstaaten
einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten
bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der
Flucht

- 170 übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen
171 schaffen.
- 172 • Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der
173 politischen
173 Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann.
174 Die
174 EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise
175 im
175 Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders
176 Frauen
176 müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt
177 werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne
177 Freilassung
178 der politischen Gefangenen darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad-
179 Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.
 - 180 • Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige
181 Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung
182 kann
182 nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und weiterer
183 militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter
184 Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteure sowie unter
184 Wahrung
185 des Völkerrechts erreicht werden.
 - 186 • Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das
187 schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern.
- 188 Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union konsequent
auf die
189 Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

Begründung der Dringlichkeit

Die jüngsten Entwicklungen in Nordsyrien, die sich zum Teil erst nach Antragsschluss ergeben haben, in Verbindung mit Vorschlägen der deutschen Verteidigungsministerin zu einem möglichen Bundeswehreinsatz machen eine aktuelle Positionierung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nötig, um das völkerrechtswidrige Vorgehen des NATO-Partners Türkei klar zu verurteilen und unsere Sicht einer werte- und menschenrechtsgeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik im Fall Syriens darzulegen.